

GASTBEITRAG

Warum über die CO₂-Steuer breiter diskutiert werden muss

von: Anita Engels • Anita Engels

Datum: 04.05.2019 09:00 Uhr

Die CO₂-Steuer wird als Heilsbringer der Klimaziele gesehen – ein Trugschluss. Drei Gründe, warum die Emissions-Steuer anders debattiert werden muss.



Debatte um CO₂-Steuer

Ein hoher Preis für CO₂, bedeutet noch keinen politischen Erfolg für Klimapolitik.

(Foto: dpa)

Im Ringen um die Umsetzung globaler Klimaziele wird die Durchsetzung eines höheren Preises für CO₂-Emissionen viel diskutiert. Die Erfahrungen mit Emissionshandelssystemen sind dabei bestenfalls ambivalent: die Zertifikatspreise sind fast immer zu niedrig, die Ausnahmen zu zahlreich, die Lenkungswirkung zu schwach. Ganz zu schweigen von zahlreich bekanntgewordenen Betrugsfällen.

Daher setzt die aktuelle Diskussion anders an: Neben dem Emissionshandel wird gleichauf auch die CO₂-Steuer diskutiert. Es geht um Mindestpreise und stärker als bisher um den Ausgleich von Verteilungseffekten: Das Kriterium der Aufkommensneutralität und die verpflichtende Reinvestition von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in den Umbau zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft.

Das sind alles wichtige Einsichten, die der Anerkennung praktischer Erfahrung mit real existierenden Politikprogrammen geschuldet sind. Tatsächlich ist der Einstieg in einen mit den Pariser Klimazielen

konformen Entwicklungspfad auch kaum vorstellbar, ohne dass die durch den Klimawandel entstehenden Kosten in irgendeiner Weise in den Ausstoß von Treibhausgasen eingepreist werden.

Dennoch führt die Diskussion um CO₂-Steuer am eigentlichen Kern der notwendigen Klimapolitik vorbei. Insbesondere wenn die CO₂-Bepreisung nach wie vor als das Leitinstrument der Klimaschutzpolitik gilt. Es gibt zumindest drei sehr gute Gründe, warum die Diskussion dringend erweitert werden muss.

Aktuelle Club-Events



DIENSTAG, 14.05.19, 19:00

Leipzig: Investment Live: Meet & Greet mit Markus Koch

[MEHR ANZEIGEN](#)

CO₂-Steuer garantiert keine erfolgreiche Klimapolitik

In der Forderung nach weltweiter CO₂-Bepreisung entsteht das Bild einer kausalen Wirkung vom hohen CO₂-Preis zur erfolgreichen politischen Umsetzung von Klimazielen. Dabei ist der CO₂-Preis ein politisch erzeugter Preis. Wir können derzeit in praktisch allen Vertragsstaaten sehen, dass die Umsetzung der Klimaziele am großen Widerstand mächtiger Akteure im politischen Raum scheitert.



Anita Engels

Die Autorin die Professorin für Soziologie, Globalisierung, Umwelt und Gesellschaft an der Universität Hamburg und stellvertretende Sprecherin des Hamburger Exzellenzclusters der Klimaforschung.

(Foto: Pressebild Universität Hamburg - A. Engels)

Auch die rechtspopulistische Welle, die sich weltweit in vielen gewählten Parlamenten niederschlägt, trägt weiter zur Verzögerung oder gar Verhinderung der Klimaziele bei. Der durchgängig niedrige CO₂-Preis spiegelt diese Situation nur wider. Das aber hat System: Solange es keine verlässlichen politischen Mehrheiten für anspruchsvolle Klimaziele gibt, wird der Preis immer zu niedrig sein.

Das Bild der kausalen Wirkung muss also umgedreht werden: Die Fähigkeit zur politischen Umsetzung von Klimazielen ermöglicht erst eine angemessen hohe CO₂-Bepreisung. Denn: Nur dann kann die nötige Verknappung an Zertifikaten politisch herbeigeführt werden. Die zentrale Frage ist daher, wie diese politischen Mehrheiten erzeugt und erhalten werden

können.



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER PRODUKTION

Wo stehen Deutschlands Unternehmen?

Der Einsatz Künstlicher Intelligenz eröffnet besonders der Industrie neue Möglichkeiten. Unternehmen wie Bosch oder Siemens verfolgen damit im Umfeld von IoT ehrgeizige Ziele – und erwarten drastische Veränderungen. Mehr

Eine starke Lenkungswirkung ist für alle großen Emittenten erforderlich – also für Regierungen und für große Wirtschaftsunternehmen. Das wäre anders, wenn es wie bisher nur um die schrittweise Senkung der CO2-Emissionen in den nächsten Jahrzehnten ginge.

Ein verlässlicher CO2-Preis wäre dann ein wichtiges Signal, um den Emittenten bei ihrer Emissionsminderung zu helfen. Was das Paris-Abkommen aber erfordert, insbesondere wenn es um die Einhaltung der 1,5 Grad-Obergrenze geht, ist eine fundamentale Abkehr von der fossilen Wirtschaft. Um das zu verwirklichen müssen grundlegende Richtungsentscheidungen in Politik und Wirtschaft getroffen werden.

Die Abkehr von den fossilen Energieträgern gibt noch keine neue Ausrichtung der Energieversorgung vor. Dabei geht es immer auch um Fragen der Versorgungssicherheit, der Verteilungsgerechtigkeit und schließlich der internationalen Verflechtung.



ENERGIEPOLITIK

„Nachteile überwiegen“ – CSU lehnt CO2-Steuer ab

Allein durch die CO2-Steuer wird hier keine Lenkungswirkung erreicht. Zusätzlich ist komplexes Regierungs- und Verwaltungshandeln erforderlich, um die Abstimmung zwischen verschiedenen Politikfeldern zu koordinieren und Mehrheiten für langfristige Infrastrukturentscheidungen herzustellen.

Für Wirtschaftsunternehmen gilt das in ähnlicher Weise. Energieerzeugende und energieintensive Unternehmen müssen für die Erreichung der Klimaziele vollkommen neue Geschäftsmodelle entwickeln – sie müssen sich selbst neu erfinden. Eine hohe Bepreisung, die sie vom

bisherigen Geschäftsmodell wegtreibt, vermittelt ihnen noch keine tragfähige Idee, mit welchen Produkten sie in der Zukunft noch überlebensfähig sein werden. Angesichts der unzureichenden Lenkungswirkung wäre es daher angemessen, nicht mehr von der CO2-Bepreisung als dem Leitinstrument des Klimaschutzes zu reden.

Geld reicht nicht aus, um die Gesellschaft zu verändern

Über Preise und Kosten lassen sich viele Anreize schaffen und Motivationen verändern. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die erforderliche gesellschaftliche Transformation, die ein nicht-fossiles Entwicklungsmodell ermöglicht, viel umfangreicher und vielschichtiger sein muss, als durch monetäre Anreize zu erreichen ist.

Eine solche Transformation benötigt eine breite Trägerschaft, neue Allianzen und innovative Lebensformen. Sie kann sich nicht darin erschöpfen, dass Individuen sich als Konsumenten

einschränken und als Wähler unangenehme Maßnahmen akzeptieren. Es müsste vielmehr gelingen, Kreativität und Unternehmertum quer über alle Schichten hinweg zu mobilisieren und tragfähige Solidaritätsformen zu ermöglichen.

Geld ist ein abstraktes Medium, das gerade dadurch erstaunliche Dynamik in Gang setzen kann. Aber die Monetarisierung von sozialen Prozessen kann auch gerade Motivationslagen untergraben und Solidaritätsmöglichkeiten zerstören, die für die Klimatransformation erforderlich wären. Soziale Phantasie und unternehmerische Begeisterung werden nicht allein durch CO₂-Bepreisung zu erreichen sein.

Der Zusammenhang von Treibhausgas-Emissionen und der eigenen Lebensweise ist für viele Menschen nach wie vor zu abstrakt, es fehlen daher inhaltliche Konkretisierungen. Nicht zuletzt deshalb suchen derzeit viele Klimaaktivisten nach neuen Narrativen, die den Transformationsprozess unterstützen können. Eine zu enge Fokussierung auf den CO₂-Preis – und damit auf die Kosten – steht dem erforderlichen breiten Transformationsverständnis eher entgegen.

ANZEIGE



AUGMENTED UND VIRTUAL REALITY

Der Industrie fehlt der Blick auf das große Ganze

Technologien wie AR und VR können Entwicklung und Produktion in Unternehmen deutlich schlanker und effizienter machen. Doch viele der Projekte kommen nicht über die Pilotphase hinaus. So können Unternehmen skalieren. Mehr

© 2018 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center | [Sitemap](#) | [Archiv](#)

Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH | Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.